Studie

Deutschland im Digitalisierungsstress

[15.06.2018] Die Digitalisierung ist in der öffentlichen Verwaltung derzeit das beherrschende Thema. Das zeigt der aktuelle „Branchenkompass Public Services 2018“ des Beratungsunternehmens Sopra Steria Consulting.

Bund, Länder und Kommunen in Deutschland forcieren derzeit die digitale Aufholjagd. Dabei hat rund jede dritte Behörde das Basisziel eines elektronischen Zugangs bereits vollständig oder weitgehend erreicht, 39 Prozent befinden sich mitten in der Umsetzung. Die elektronische Akte, einer der Eckpfeiler für eine digitale Verwaltung, befindet sich bei drei von vier Verwaltungen auf Kurs. Kopfzerbrechen bereitet den Behörden die im Onlinezugangsgesetz (OZG) enthaltene Vorgabe, wonach alle hierfür geeigneten Verwaltungsdienste bis zum Jahr 2022 online zur Verfügung stehen sollen.
Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Branchenkompass Public Services 2018“. Das Beratungsunternehmen Sopra Steria Consulting und das F.A.Z.-Institut haben hierfür von Februar bis März 2018 100 Entscheider aus 100 deutschen Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen zu den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen durch die Digitalisierung im öffentlichen Sektor befragt.

Digitaler Kraftakt zu bewältigen

Wie der Studie zu entnehmen ist, ist das Ziel einer digitalen Verwaltung für den Public Sector in Deutschland momentan das beherrschende Thema. Die Umsetzung der zahlreichen Vorhaben ist unterschiedlich weit fortgeschritten. So ermöglicht rund jede zweite Behörde die elektronische Vergabe; die Online-Bezahlung von Verwaltungsservices bietet dagegen erst jede zehnte Verwaltungseinrichtung an.
Nach Angaben von Sopra Steria zeigt die Studie zudem auf, dass sich die Verantwortlichen vor allem mit organisatorischen Aufgaben rund um das E-Government beschäftigen: Demnach stehen bei knapp 70 Prozent der befragten Entscheider Themen wie Prozess-Management, Aufgabenpriorisierung und interne Organisation weit oben auf der Agenda. Die Hürden und der enge Digitalisierungszeitplan sorgen dabei laut der Studie für mehr Zusammenarbeit der Verwaltungen untereinander.
„Die öffentliche Verwaltung in Deutschland hat mit dem digitalen Umbau gerade einen Kraftakt zu bewältigen. 575 Anliegen in fünf Jahren zu digitalisieren, erfordert vor allem Kooperationen auf allen Ebenen“, kommentiert Bernd Baptist, Leiter des Geschäftsbereichs Public Sector bei Sopra Steria Consulting. „Der im OZG festgelegte Termin 2022 ist eine echte Belastungsprobe für alle Verwaltungsteile. Wie die Praxis zeigt, führt die Frist gleichzeitig zu pragmatischen Lösungen.“

E-Akte im Fokus

Wenn es um konkrete Investitionen für E-Government-Projekte geht, liegt der Fokus der Verwaltungen in den kommenden zwei Jahren auf der Umsetzung der E-Akte und der automatischen Vorgangsbearbeitung. Laut dem Branchenkompass Public Services 2018 plant mehr als jeder dritte Entscheider ein Budget für die Entwicklung entsprechender Angebote ein. Für große Kommunen ab 100.000 Einwohner und die Landesverwaltungen ist zudem Mobile Government ein wichtiges Thema. Als Beispiele hierfür nennt Sopra Steria Consulting Melde-Apps, mit denen Bürger Verkehrsprobleme oder Müllablagerungen melden können, sowie den im Oktober 2017 gestarteten Pilotbetrieb „Mobiler Arbeitsplatz“ der Polizei Rheinland-Pfalz.

(bs)

Zum Branchenkompass Public Services 2018
Infografik zur Studie

Stichwörter: Politik, Studie, Branchenkompass Public Services